

Drohender Regierungsbeschluss als Damoklesschwert über Frick

Abrechnung Dass im Ministerium Frick Leistungen der einen Beraterin über die Firma der anderen abgerechnet wurden, bestreitet niemand. Über die Intention dahinter scheiden sich die Geister. Ob schuldig oder nicht, ist wohl Auslegungssache.

VON DAVID SELE

Damit sich in einem Rechtsstaat nicht zu viel Macht auf einer Person vereinigt, gibt es mehrere Sicherheitsmechanismen. Eine Form von Macht ist Geld. Die Finanzhoheit liegt in Liechtenstein beim Volk, also beim Landtag. Dieser hat der Regierung gewährt, eine Summe bis zu 500 000 Franken eigenmächtig auszugeben - allerdings als Kollegium. Ein einzelnes Regierungsmitglied darf eine einmalige, gebundene Ausgabe nur bis zu einem Wert von 100 000 Franken tätigen.

Wird diese Grenze überschritten, «ist es politisch ein Problem», sagte Ex-Regierungsrätin Aurelia Frick gestern im Zeugenstand. De facto muss dann nämlich die Gesamterregierung einen Beschluss fassen. Oder aber, der Auftrag muss - sofern dies noch möglich ist - beendet werden.

Aurelia Frick, ihr damaliger Generalsekretär René Schierscher und die Kommunikationsberaterin Maria haben im Jahr 2018 offenbar einen anderen Weg eingeschlagen.

Ein Streit mit Folgen

Auslöser war anscheinend ein Streit zwischen Maria Pinardi und Aurelia Frick. Im Herbst 2018 war die Beraterin aufgefordert worden, 15 000 Franken ihres Honorars zurückzahlen. Die Dienstleistungen von Pinardi hatten ein vereinbartes Kostendach und eben auch die 100 000-Franken-Grenze überschritten. Pinardi schien von diesem Kostendach nichts zu wissen. Sie willigte erst ein, als Frick ihr zusicherte, das Geld aus eigener Kasse vorzustrecken. Pinardi überwies schliesslich Fricks Geld an die Landeskasse.

So weit scheinen sich die Staatsanwaltschaft, Pinardi und Frick wie Schierscher einig zu sein. Einig waren sich die Beteiligten auch schon damals, dass eine solche Situation nicht mehr entstehen soll. Inskünftig kam daher ein neues Konstrukt zur Anwendung. Ein Teil der Leistungen von Pinardi wurden über eine andere Kommunikationsberaterin, Claudia Predicatori, abgerech-



Die Angeklagte, Aurelia Frick, im Zeugenstand. (Zeichnung: Giovanna Gould)

net. So sagt es die Anklage, so bestätigten es die Beraterinnen Pinardi und Predicatori offenbar gegenüber der Polizei, und auch die Angeklagten Frick und Schierscher bekannten sich gestern zu dieser «Lösung». Die Angeklagten bekräftigten jedoch, dass es sich dabei nicht um eine Täuschung gehandelt habe. Vielmehr sei Maria Pinardi einfach als Sub-Unternehmen von Claudia Predicatori aufgetreten. Durchaus mit dem Ziel, die 100 000-Franken-Grenze, die laut Frick stets «wie ein Damoklesschwert» über ihrem Tun gehangen habe, nicht zu überschreiten. Das Konstrukt habe aber nicht dazu gedient, die Kompetenz der Regierung zu untergraben. Beide, Frick und Schierscher, bekräftigten sie hätten nach der Über-

zeugung gehandelt, nichts Unrechtes zu tun.

Belastungszeuginnen abwesend

Die Beraterinnen Pinardi und Predicatori blieben der Verhandlung gestern trotz Vorladung fern. Beide hatten jedoch bereits bei der Polizei ausgesagt - und belasteten Frick und Schierscher offenbar schwer. Claudia Predicatori bestätigte laut Anklage, dass ihr Unternehmen eine Scheinfirma war. Über diese seien 80 000 Franken abgerechnet worden. Davon 74 000 gingen an Maria Pinardi. Diese wiederum gab offenbar an, Aurelia Frick gefragt zu haben, ob dieses Konstrukt rechtskonform ist. Frick habe ihr geantwortet: «Wenn du wüsstest, was andere ma-

chen.» Diese Darstellung bestreitet Frick jedoch vehement. Genauso bestreitet Frick, gewusst zu haben, wie Maria Pinardi ihr die 15 000 Franken zurückzahlen will, die die damalige Regierungsrätin der Beraterin privat geliehen hatte. Das Geld wurde mutmasslich im Februar 2019 auf eine der Predicatori-Rechnungen draufgeschlagen, Predicatori überwies es schliesslich auf Fricks Privatkonto. Demnach zahlte am Ende das Land. Pinardi behauptet, dies auf Anweisung von Frick veranlasst zu haben. Frick sagt, sie hätte davon nichts gewusst.

«Schau das mit René an»

Generell schien Aurelia Frick wenig von Abrechnungen in ihrem Ministerium mitbekommen zu haben. Maria Pinardi sagte der Polizei, diesbezügliche Fragen habe Frick jeweils mit «Schau das mit René an!» beantwortet. Auch vor Gericht verwies die Ministerin oft an den Generalsekretär. Sie habe «stufengerecht delegiert». Sowohl was Vereinbarungen zu Zahlungsmodalitäten als auch Verträge mit Auftragsnehmern angeht - diese wurden offenbar vielfach mündlich abgeschlossen. Auch die Staatsanwaltschaft nimmt Schierscher in die Verantwortung. Schliesslich war er es, der die Rechnungen jeweils freigegeben hat. Dies jedoch «mit Wissen und Wollen» von Frick.

Tatsächlich scheint die verschleierte Abrechnungsmethode über das Pinardi-Predicatori-Konstrukt keine strafbare Handlung zu sein. Entsprechend ist das auch nicht der Punkt der Anklage. Sondern: Die Leistungen von Pinardi seien als solche zu werten, egal wie sie abgerechnet wurden. Damit übersteige das Auftragsvolumen die 100 000-Franken-Grenze deutlich. Das Recht der Regierung auf Beschlussfassung sei daher vorsätzlich umgangen worden. Frick und Schierscher hingegen stellen sich auf den Standpunkt, dass es sich bei der Zusammenarbeit mit Pinardi ohnehin nicht um einen, sondern um viele einzelne Aufträge gehandelt habe, die alle einzeln zu werten seien. Die Auslegung dieser Frage wird am Ende wohl über Schuld und Unschuld entscheiden.